

EINE NEUE STUDIE IM AUFTRAG DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG:



DIE ABWERTUNG DER ANDEREN.

**EINE EUROPÄISCHE ZUSTANDSBESCHREIBUNG ZU INTOLERANZ,
VORURTEILEN UND DISKRIMINIERUNG**

Eine **Analyse antidemokratischer Mentalitäten in acht Ländern Europas** von Prof. Dr. Andreas Zick, Dr. Beate Küpper und Andreas Hövermann im Auftrag des Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Sie wird auf der heutigen Konferenz „Die Anderen“ sind wir. Abwertung, Ausgrenzung und Diskriminierung in Europa“ in Berlin erstmals öffentlich präsentiert.

Die komplette Studie findet sich **online** auf: www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.

Mit **umfassenden Befunden aus vergleichbaren Daten über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegenüber unterschiedlichen Adressat/innengruppen in acht Ländern Europas** (Deutschland, England, Frankreich, Niederlanden, Italien, Portugal, Polen, Ungarn) liefert die Studie eine empirische Grundlage und politische Impulse für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Europa. **Im Zentrum des Interesses** stand das **Ausmaß, wichtige Determinanten, mögliche Ursachen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die Frage, ob sich diese Einstellungen auch auf der Verhaltensebene niederschlagen**. Konkret wurden **fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, islamfeindliche, sexistische und homophobe Einstellungen** analysiert.

Zentrale Ergebnisse:

- **„Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist in Europa weit verbreitet“**, lautet das Fazit der Bielefelder Wissenschaftler Andreas Zick, Dr. Beate Küpper und Andreas Hövermann. Auffallend **einig** sind sich die Europäer/innen in ihrer **Ablehnung von Einwanderer/innen und Muslim/innen**. Rund die Hälfte aller europäischen Befragten ist der Ansicht, es gebe zu viele Zuwanderer/innen in ihrem Land. Ebenfalls etwa die Hälfte aller europäischen Befragten wünscht sich ein Arbeitsplatzvorrecht für Einheimische in Krisenzeiten. **„Rund die Hälfte verurteilt den Islam pauschal als eine Religion der Intoleranz“**, so Zick, hier zeige sich **„deutlicher gesellschaftspolitischer Handlungsbedarf!“**. In den knapp 70 Prozent aller Befragten, die in **Zuwanderer/innen eine Bereicherung für die eigene Kultur sehen**, erkennt Beate Küpper jedoch ein Gegengewicht dazu. Zick unterstreicht, dass **„antisemitische Einstellungen ebenfalls weit verbreitet“** sind: Zwischen 17 Prozent der Befragten in den Niederlanden und über 70 Prozent in Polen meinen, Juden/Jüdinnen versuchten heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind. **Ein Drittel der Befragten glaubt an eine natürliche Hierarchie zwischen Menschen verschiedener Ethnien**, unterstreicht Hövermann. Die Mehrheit in Europa vertritt zudem sexistische Einstellungen, die auf eine traditionelle Rollenverteilung setzen. Homosexuellen werden mit Blick auf die Ehe gleiche Rechte von zwischen 17 Prozent der Befragten in den Niederlanden bis hin zu 88 Prozent der Befragten in Polen verweigert.

- **Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist somit auch in Europa keineswegs ein Phänomen von politischen Randgruppen.** „Damit bestätigt sich ein Ergebnis, das wir für Deutschland auch von unseren „Mitte-Studien“ kennen: Auch in Europa ist **Rechtsextremismus kein Phänomen am „Rand“ der Gesellschaft, sondern findet sich auch in ihrer Mitte**“, so Nora Langenbacher, die das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung leitet.
- Die repräsentativen Daten bieten zudem die Möglichkeit, **Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen einzelnen Ländern** zu analysieren. Entgegen der **überall vorhandenen Ablehnung von Einwanderer/innen und Muslim/innen** finden Zick, Küpper und Hövermann deutliche Unterschiede bezüglich des Ausmaßes an Antisemitismus, Sexismus und Homophobie. „Nicht ganz überraschend äußern sich die Befragten **in den Niederlanden insgesamt am wenigsten abwertend**“ – so Zick; allerdings sei die Islamfeindlichkeit dort ähnlich stark ausgeprägt wie in den anderen Ländern. Im europäischen Vergleich fallen die osteuropäischen Länder Ungarn und Polen durch eine hohe Ablehnung der angesprochenen Minderheiten auf. Neben Ungarn erreicht die Fremdenfeindlichkeit aber auch in Großbritannien ein verhältnismäßig hohes Ausmaß, während in Frankreich wie auch den Niederlanden Fremdenfeindlichkeit im Vergleich zu den anderen Ländern weniger Zustimmung erhält. Antisemitismus ist insbesondere in Polen und Ungarn stark, in Großbritannien und den Niederlanden vergleichsweise weniger verbreitet; nichtsdestotrotz vertreten auch dort besorgniserregend viele Befragte antisemitische Einstellungen. In Italien ist im Vergleich zu den übrigen Ländern Rassismus auffallend gering ausgeprägt, Homophobie hingegen, wie auch in Portugal, Polen und Ungarn, deutlich verbreiteter. Das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit liegt in Deutschland im europäischen Mittelfeld, jedoch mit Blick auf bestimmte abgewertete Gruppen höher als bei den westeuropäischen Nachbarländern; das gilt etwa auch für antisemitische Einstellungen. In Portugal, Polen und Ungarn ist im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern eine relativ starke Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus nachweisbar.
- Zudem fanden sie Autor/innen heraus, dass **Vorurteile gegenüber einer Gruppe häufig mit solchen gegenüber anderen Gruppen einher gehen.** Beate Küpper sieht hierin eine Bestätigung, dass „die einzelnen Elemente von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eng miteinander verknüpft sind.“ Daher sprechen wir von einem Syndrom der Abwertung“.
- Als „besorgniserregend“ werten die Autor/innen das Ergebnis, dass die Befragten **in allen Ländern mehrheitlich das Gefühl haben, von Politiker/innen nicht gehört zu werden.** Dabei sind **politische Einstellungen und das Gefühl, politischer Machtlosigkeit maßgebend für die Bereitschaft, menschenfeindlichen Aussagen zuzustimmen.** Dies bezeichnet Langenbacher als „einen klaren Auftrag, sich gegen Politikverdrossenheit und für politische Bildung zu engagieren“. Die Bielefelder Wissenschaftler/innen leiten deutliche Zusammenhänge zwischen der Abwertungsbereitschaft und anderen politischen Einstellungen ab: „**Diejenigen, die sich politisch eher rechts oder machtlos fühlen oder sich sogar eine starke Führerfigur wünschen und die Todesstrafe befürworten, sind im Durchschnitt menschenfeindlicher**“. Ebenso tendieren jene stärker zur Abwertung von schwachen Gruppen, die ein negatives Bild von der EU haben.
- Untersucht wurden zudem **weitere Bestandteile rechtsextremer Einstellungen.** Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist u.a. mit drei ideologischen Orientierungen eng verbunden: Mit dem **Autoritarismus** – eine auf Recht und Ordnung sowie Disziplin setzende

Grundhaltung; mit der **Sozialen Dominanzorientierung** – die Befürwortung von sozialen Hierarchien zwischen ‚oben‘ und ‚unten‘; und mit der **Ablehnung von Diversität** – einer generell ablehnenden Haltung gegenüber Vielfalt von Kulturen, Ethnien und Religionen innerhalb eines Landes.

- **Ein klarer Zusammenhang ergibt sich auch bezüglich der Einflussfaktoren Alter, Bildung und Einkommen:** Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt mit dem Alter zu und mit besserer Bildung und höherem Einkommen ab, letzteres mit Ausnahme Italiens. Bemerkenswerterweise spielt das Einkommen für das Ausmaß von Islamfeindlichkeit und Homophobie nur eine geringe Rolle. Männer und Frauen unterscheiden sich in ihren Einstellungen hingegen kaum.
- Untersucht wurde neben der Einstellungsebene auch die **Verhaltensdimension: „Die Ergebnisse zeigen, dass abwertende Einstellungen, auch handfeste Folgen haben.“**, so die Autor/innen. Mit Bezug auf die Gruppe Einwanderer/innen lässt sich nachweisen, dass diejenigen, die schwache Gruppen abwerten, sich auch mit größerer Wahrscheinlichkeit gegen die Integration von Einwander/innen aussprechen, ihnen eher eine gleichberechtigte politische Teilhabe verweigern und eher bereit sind, Einwanderer/innen zu diskriminieren und ihnen mit Gewalt zu begegnen.
- Die wichtigsten **Erklärungsfaktoren** von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind neben einer autoritären und hierarchiebefürwortenden Grundhaltung außerdem das subjektive Gefühl der Bedrohung durch Einwanderer/innen und das Gefühl der Orientierungslosigkeit in der heutigen Zeit. Auch ein geringes Einkommen und das Gefühl der Benachteiligung spielen eine Rolle.
- Die wichtigsten **Schutzfaktoren** vor Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind das Vertrauen in andere Menschen, das Gefühl, feste Freundschaften schließen zu können, der Kontakt mit Einwander/innen, und vor allem eine positive Grundhaltung gegenüber Diversität. Religiosität hingegen schützt nicht vor Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Auch allgemeine Werthaltungen, die Sicherheit und Universalismus betonen, sind hierbei kaum relevant.

Schlussfolgerungen:

Die Ergebnisse der Studie machen die Dringlichkeit eines engagierten Eintretens aller gesellschaftlicher Akteure für Demokratie und gegen Rechtsextremismus deutlich. Hierzu schlagen die Autor/innen am Ende der Studie konkrete Maßnahmen vor:

- Ein wissenschaftlich unabhängiges und kontinuierliches europäisches **Monitoring** rechtsextremer und populistischer Meinungen und Handlungsintentionen auf europäischer Ebene ist überfällig.
- Die Verbreitung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Europa und insbesondere ihre überregional ähnlichen Ursachen unterstreichen die Relevanz, **gemeinsamer europäische Anstrengungen im Kampf gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**. Hierbei müssen individuelle und kontextuelle Ursachen im Blick behalten werden. Es gelte, **Einstellungen zu fördern und Strukturen zu etablieren, die Gleichwertigkeit unterstützen**. Dazu brauche es ein mehr an Akzeptanz kultureller Unterschiedlichkeit anstelle von Ablehnung des Multikulturalismus; weniger autoritär

orientierte Einstellungs- und Verhaltensorientierungen und mehr Befürwortung horizontaler statt vertikaler Gesellschaftsstrukturen, also eine Begegnung auf gleicher Augenhöhe.

- Laut der Studie sind die Bürger/innen nicht grundsätzlich desinteressiert an Politik, nehmen sich aber subjektiv vom politischen System entkoppelt wahr. Doch *„die Erfolge von Rechtspopulisten zeigen uns, dass sich die Klagen der Bürger/innen nicht primär gegen die etablierten politischen Systeme, sondern insbesondere gegen Zuwanderer/innen, Muslim/innen und andere schwache Gruppen richten“*, so Zick. Dieses betont die **Notwendigkeit von Strategien der Intervention und Prävention**, um der kollektiven Ausbildung von Menschenfeindlichkeit gegen „die Anderen“ weiter entgegenzuwirken. So appellieren die Autor/innen, dass es gilt, **„die in der Studie deutlich gewordene Ablehnung von Diversität und die Sorgen und Ängsten mit Blick auf Migration in Europa auch als eine Gefahr für die Demokratie ernst zu nehmen. Das bedeutet Pluralität, Teilhabe und politische Mitsprache für alle Mitglieder der Gesellschaft, Mehrheiten wie Minderheiten.“**

Vorgehen/Methode:

Die der Studie zugrundeliegende Datenbasis wurde im Rahmen eines internationalen Forschungsprojekts (*GFE-Europe*) der Universität Bielefeld unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Andreas Zick und Dr. Beate Küpper erhoben. Dieses internationale Forschungsvorhaben wurde durch private Stiftungen gefördert, darunter die Compagnia di San Paolo, die Volkswagen-Stiftung, die Freudenberg Stiftung, die Groeben Stiftung und die Amadeu-Antonio-Stiftung. In 2008 wurde jeweils eine repräsentative Stichprobe von 1 000 Personen ab 16 Jahren in 8 europäischen Ländern (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Italien, Portugal, Polen und Ungarn) in Telefoninterviews befragt. Der standardisierte Fragebogen enthielt vorgetestete und für den interkulturellen Vergleich taugliche Fragen. Zur Erfassung eines Elements der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurden jeweils mehrere Aussagen verwendet, zu denen die Befragten mittels einer 4-stufigen Skala ihre Zustimmung beziehungsweise Ablehnung angeben konnten.

Kontext & Ziel:

Menschenrechte und ein vielseitiges, tolerantes und multikulturelles Selbstbild Europas sind nicht nur für den Schutz von Minderheiten essentiell, sie sind Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratiefestigkeit in Europa. Intoleranz, Vorurteile und Diskriminierung sind Gefahren für den Zusammenhalt pluraler Gesellschaften und damit für die Demokratie selbst. Sie zeigen an, inwieweit die Mehrheit bereit ist, soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten und vermeintlich ‚Anderer‘ als gleichberechtigte Mitglieder einer Gesellschaft zu akzeptieren und zu beteiligen, oder sie auszuschließen. Intoleranz, Vorurteile, antidemokratische Einstellungen und die Bereitschaft, andere zu diskriminieren, sind daher sensible Messinstrumente der sozialen Kohäsion von Gesellschaften. Ziel der neuen Publikation ist es, die gesellschaftliche Debatte um den zunehmenden Erfolg rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte in Europa aufzunehmen und für eine konstruktive Debatte über effektive Wege für ein demokratisches und solidarisches Europa zu nutzen.

Weitere Informationen gerne bei:

→ der **Friedrich-Ebert-Stiftung**: Gaby Rotthaus, 030 26935 7311 oder gaby.rotthaus@fes.de

→ den **Autor/innen der Studie**: **01578 2981151** oder einzeln unter: zick@uni-bielefeld.de; und 0521 106 2442, beate.kuepper@uni-bielefeld.de und 0521 106 2443, andreas.hoevermann@uni-bielefeld.de und 0521 106 3160